

I. Hintergrund zum Verein BürgerBegehren Klimaschutz (BBK)

I.a. Wer wir sind

BürgerBegehren Klimaschutz e.V. (BBK) ist ein gemeinnütziger Verein, der 2008 gegründet wurde.

Unser Ziel ist, bundesweit Klimaschutzmaßnahmen durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheide durchzusetzen.

Ein Team von Hauptamtlichen, fachkundige Vorstandsmitglieder organisieren, koordinieren und unterstützen eine Vielzahl lokaler Aktivitäten.

BBK arbeitet partei- und organisationsübergreifend, kostenlos und unbürokratisch.

BBK versteht sich als Schirmorganisation. Wir laden unabhängige Initiativen, Vereine sowie Ortsverbände der demokratischen Parteien gleichermaßen ein, unser Angebot zu nutzen.

I.b. Die Idee

Von Kyoto bis Kopenhagen, von Berlin bis Brüssel... wenn es um Klimaschutz geht, scheinen wir zum Zuschauen verdammt. Doch der Eindruck trügt, dass die Regierungen alles in der Hand hätten und die Bürgerinnen und Bürger nichts:

- Viele klimapolitische Entscheidungen werden in Kommunen und Bundesländern getroffen (z.B. Energieversorgung, Verkehr, Baurecht),
- Und in allen Bundesländern können sich die Bürger direkt an der Gesetzgebung beteiligen (durch Anträge, Begehren, Entscheide).

BBK hilft, diese Möglichkeiten zu nutzen. Wir bieten auf unserer Homepage eine Übersicht mit allen wichtigen Informationen, um wirksame Klimaschutzmaßnahmen in Verfahren der Bürgerbeteiligung umzusetzen. Außerdem beraten wir persönlich, und durch unsere Öffentlichkeitsarbeit machen wir die lokalen Aktivitäten bundesweit sichtbar. Unser Ziel: Das Engagement an vielen Orten soll zu einer bundesweiten Bürgerbewegung werden.

Direkte Demokratie als Weg...

Bürgerbegehren und Bürgerentscheide - das sind Mittel, die BBK für mehr Klimaschutz nutzen will, denn:

- Grundlegende Reformen benötigen die Zustimmung der Bürger. Bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden entfalten sich nötige öffentliche Diskussionen über unsere Verantwortung fürs Klima
- mit diesen Verfahren kann verbindlich, transparent und direkt auf Politik Einfluss genommen werden.

Wir setzen uns zudem für die Durchführung eines bundesweiten Klimaschutz-Bürgerrates sowie lokaler Klimaschutz-Bürgerräte ein.

... Klimaschutz als Ziel

BBK wählt konkrete Themen aus, die erstens klimapolitisch bedeutsam und zweitens per Bürgerentscheid beeinflussbar sind.

Arbeitsfelder sind:

- kommunale Kontrolle über die lokale Energieversorgung
- Ausbau Erneuerbarer Energien im Strom- und Wärmebereich
- Kohleausstieg

II. Tätigkeiten 2021

„Klimawende von unten“

Im Juni veröffentlichten wir die Neuauflage des Handbuchs „Klimawende von unten“ samt überarbeiteter Website. Das Ziel der „Klimawende von unten“ Kampagne ist es, lokale Gruppen zu motivieren ihre Mitbestimmungsmöglichkeiten zu nutzen und mittels Bürgerbegehren vor Ort konkrete Klimaschutzmaßnahmen durchzusetzen. Dazu erschien Anfang 2019 bereits die erste Auflage des Handbuchs. Seitdem ist diese Idee in vielen Städten aufgegriffen worden und hat vielerorts für CO₂-Einsparungen gesorgt. In Kassel wird das städtische Kohlekraftwerk nun fünf Jahre früher als ursprünglich geplant die Verbrennung von Kohle einstellen. In Köln stellen sich die Menschen nun gegen die rückständige Energiepolitik der RheinEnergie und Flensburg kämpft jetzt für eine CO₂-freie Fernwärmeversorgung. Durch die vielen Klimawende von unten-Initiativen entstanden wieder neue Ideen und Ansätze, die in der Neuauflage des Klimawende-Handbuchs aufgegriffen und juristisch fundiert wurden. Die neue Auflage enthält geprüfte Bürgerbegehrens-Fragen, mit denen fossil erzeugter Strom aus der kommunalen Stromversorgung gedrängt werden kann, die Wärmenetze auf erneuerbare Wärme umgestellt werden können oder PV auf die Dächer gebaut werden kann. Aufgrund der andauernden Pandemie fand die Veröffentlichung genauso wie Veranstaltungen und Treffen weitgehend online statt. Eine geplante Klimawende-Konferenz musste aufgrund der Pandemie auf 2022 verschoben werden. Auch wenn kaum vor-Ort-Termine stattfinden konnten und laufende Unterschriftensammlungen erschwert wurden, gab es wieder einige Erfolge und viele neue Beratungsanfragen, die digital durchgeführt worden. In Potsdam gründete sich das Bündnis „Tschüss Erdgas“, die Klimawende Bochum startete einen Einwohnerantrag für 100% Ökostrom bis 2025 und Hannover erzielte noch vor Unterschriftenabgabe eine Einigung mit der Stadt. Aus Köln heraus entstand die Idee einer Rheinenergie-Kampagne. Die Klimawende Köln sorgte mit der Diskussion über ihr Bürgerbegehren dafür, dass der kommunale Energieversorger RheinEnergie seine Kohlekraftwerke abschaltet und in die Strom- und Wärmewende investieren wird. An diesen Erfolg will die Initiative mit Unterstützung der Klimawende von unten anknüpfen. Alle Stadtwerke, an denen die Rhein-Energie beteiligt ist, sollen nun aufgefordert werden, mit der RheinEnergie in Verhandlung zu treten, um schon früher 100% Ökostrom zu beziehen.

Wir berieten zudem viele weitere Städte wie Rostock, Karlsruhe, Magdeburg, Konstanz, Stuttgart, Dresden, Hildesheim und Göttingen, aber auch einige kleine Kommunen kamen auf uns zu. Zum Wissensaustausch und Vernetzung der Initiativen bieten wir nun online jeden ersten Montag im Monat um 19 Uhr einen offenen Klimawende-Austausch und Beratung an.

Kohleausstieg Berlin

2021 organisierten wir die Veranstaltung „200 Tage bis zur Wahl – Wo steht die Berliner Energiewende“ und veröffentlichte im Vorfeld der Berliner Abgeordnetenhauswahl eine Potenzialanalyse für Erneuerbare Wärme in Berlin und Umgebung sowie ein Policy Paper mit konkreten Forderungen an die Berliner Politik. Die Potenzialstudie wurde vom Fraunhofer Institut erstellt und zeigt, es ist möglich die gesamte Berliner Wärmeversorgung, die fast die Hälfte der Berliner CO₂ Emissionen ausmacht, bis spätestens 2035 CO₂-neutral zu gestalten.

Bürgerrat Klima Deutschland

2021 führte BürgerBegehren Klimaschutz den ersten bundesweiten Klimaschutz-Bürgerrat durch. Im Frühling 2021 war es so weit, 160 zufällig ausgeloste Bürgerinnen und Bürger aus ganz Deutschland diskutierten per Video-Konferenz-Schaltung miteinander über Klimaschutz und Maßnahmen zur Erreichung der Klima-Ziele. Über 50 Stunden lang in 12 Sitzungen hörten sie Vorträge und erarbeiteten gemeinsam Empfehlungen an die Politik. Am 24. Juni wurden im Beisein des Schirmherrn Bundespräsident a. D. Horst Köhler 84 Empfehlungen der Teilnehmenden des Bürgerrats präsentiert. In ihren Leitsätzen für die Politik fordern sie, dass Klimaschutz ins Grundgesetz aufgenommen wird und jedes neue Gesetz auf seine Klimaschutzwirkung geprüft werden muss. 86% der Teilnehmenden am Bürgerrat sprechen sich zudem für einen CO₂-Preis als verbindliches Instrument für die gesamte Wirtschaft und Gesellschaft aus. Insgesamt erarbeiteten sie 77 Empfehlungen aus den Themenfeldern Energie, Mobilität, Gebäude & Wärme, Ernährung, sowie sieben zum CO₂-Preis. Die Ergebnisse wurden gemeinsam abgestimmt und schließlich ein finales Bürgergutachten erarbeitet - mit dem klaren Auftrag an die Politik, das 1,5° Ziel weiter zu verfolgen. Das Bürgergutachten wurde nach der Bundestagswahl der neuen Regierungskoalition überreicht. Für den Projektzeitraum wurde das Personal von BürgerBegehren Klimaschutz noch einmal deutlich aufgestockt. Die Finanzierung des großen deutschlandweiten Projektes konnte durch Stiftungsförderungen und Spenden

erreicht werden. Die Kosten und Einnahmen setzten sich wie folgt zusammen (Personalkosten wurden von BBK übernommen):

Ausgaben 2021	
Rechnungen der durchführenden Institute	1.906.448 Euro
Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen und Honorare Projektunterstützung	211.203 Euro
Reisekosten	6.215 Euro
Sonstige Kosten (z.B. Bankgebühren)	112 Euro
Gesamtkosten 2021	2.123.978 Euro
Einnahmen 2021	
Stiftungsförderungen	1.938.359 Euro
Großspenden	233.000 Euro
Spenden	5.982 Euro
Gesamteinnahmen 2021	2.177.341 Euro

Berliner Klima-Bürgerrat

Neben dem bundesweiten Klima-Bürgerrat engagierten wir uns auch für die Durchführung eines Berliner Klima-Bürgerrats. Im März konnten wir unser Konzept im Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz vorstellen. Wenige Monate danach beschloss das Berliner Abgeordnetenhaus die Durchführung eines Berliner Klima-Bürgerrats, der 2022 eingesetzt werden soll und auch im Koalitionsvertrag der 2021 neu gewählten Regierung verankert wurde. Wir begleiten den Prozess seitdem beratend.

Gaskampagne

Bereits im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 war klar: diese Legislatur ist entscheidend dafür, ob wir die Pariser Klimaschutzziele noch erreichen und eine katastrophale Erderhitzung verhindern. Ein wichtiger Schritt dafür ist die Energiewende, die nachhaltige Versorgung mit Strom und Wärme. Bisher setzt die Bundespolitik für die Energiewende noch viel zu stark auf Erdgas. Deswegen organisierten wir die Webinar-Reihe „Crashkurs Gasausstieg“ und unterstützten eine Bewegung aus lokal aktiven GasExit-Aktivist*innen bei der Vernetzung und Organisation von Aktionen. Es fanden drei dezentrale Aktionstage, ein Camp und eine Demonstration in Herne statt. Zudem schrieben wir einen Beitrag im Hintergrundpapier des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung „Am Klimaschutz vorbeigeplant – Klimawirkung, Bedarf und Infrastruktur von Erdgas in Deutschland“.